

„Elite-Uni“: Vorwand für „Martinstunnel“?

Die PUK freut sich, dass die „Elite-Uni“ voraussichtlich in Maria-Gugging angesiedelt wird, obwohl eine vollständige Beurteilung von Chancen oder Risiken für Klosterneuburg derzeit noch nicht möglich ist. Die bisherige Vorgehensweise bei der Entscheidungsfindung ist jedoch fragwürdig.

Auch hier wurde über die Köpfe der Wissenschaftler und der Klosterneuburger Bevölkerung hinweg geplant. Die sich durch das Projekt bietenden Chancen, wie z.B. die Ansiedlung von Betrieben und Schaffung von Arbeitsplätzen, sowie die Ausweitung des kulturellen, gastronomischen und Freizeit-Angebots, werden durch Prestigedenken und Profilierungssucht gefährdet.

Katze aus dem Sack!

Aufschlussreich und entlarvend ist bereits jetzt die Tatsache, daß laut Kurier (2.2.06) **das Land NÖ offen eingesteht, den Bau einer Donaubrücke mit Anschluß an die Umfahrung in ihrer Planung vorzuziehen** und offenbar die Entscheidung für den Standort Gugging als Legitimation für die „großen Verkehrslösung“, d.h. den Bau von Martinstunnel und Donaubrücke in Zusammenhang mit dem geplanten (überflüssigen) „Umfahrungsprojekt“ zu bringen. Bis jetzt wurde das Vorliegen von Plänen für „Tunnel“ und „Brücke“ seitens der Projektbetreiber wiederholt und hartnäckig gegenüber Oberstgerichten und der EU-Kommission dementiert.

In keiner Weise legitimiert die Elite-Uni Straßenausbau!

Das durch ca. 500 Personen verursachte zusätzliche Verkehrsaufkommen ist nämlich relativ gering. Zur „Blütezeit“ der Nervenheilanstalt betrug die Zahl der Patienten und Betreuer ca. 1.500 Personen – ganz zu schweigen vom Verkehrsaufkommen, das durch Angehörige verursacht wurde.

Auch die Donau-Universität Krems mit 3000 Studierenden – also 6x soviel – verfügt nur über eine einfache Zufahrtstraße.

Stattdessen erachten wir es als wichtiger, die öffentliche Verkehrsanbindung nach Gugging zu verbessern, wovon auch die Ortsansässigen profitieren würden.



Quelle: PhotoCase.com

„Umfahrung“- die Gerüchteküche brodet... die harten Fakten fehlen

Angesichts der Fülle von Halbwahrheiten und Falschinformation, die derzeit zur geplanten „Umfahrung“ kursieren, sehen wir uns ein weiteres Mal dazu veranlasst, nach den Fakten zu suchen.

Begonnen mit den fieschen gelb-weißen Schildern entlang der B14, die vorgaukeln, unsere Stadtgemeinde „tue“ an Ort und Stelle „etwas“ für uns: Fakt ist, dass sowohl die geplanten Lärmschutzmaßnahmen (NÖN, Jan. 2004), als auch das Parkhaus am Kierlinger Bahnhof Projekte der ÖBB sind, zu denen die Stadtgemeinde einen kleinen Prozentsatz beitragen müsste.

Aus ÖBB-Sicht ist für letzteres Projekt zudem kein Bedarf vorhanden (NÖN, April 2005). Beide Projekte sind jedoch unabhängig vom Bau einer „Umfahrung“, Verzögerungen bzw. Einstellung liegen allein bei der ÖBB.

Die Shell-Tankstelle an der Wiener Straße und der BauMax Lagerplatz am Weidlinger Bahnhof wurden angeblich bereits wegen der Umfahrungsbauarbeiten geräumt, wenn man der regionalen Presse Glauben schenkt und Bauamtsdirektor DI Kleiber hält die Grundstücke bereits für „in den Landesbesitz übergegangen“

(NÖN, 12.1.2005) - laut Grundbuch hat sich indes an den Besitzverhältnissen nichts verändert, der Boden gehört nach wie vor dem Chorherrenstift (Stand: Feb. 2006)! Auch Grundstücke im Bereich des Weidlinger Bahnhofs sind weiterhin im Besitz der ÖBB. Eine Abtretung konnte von Seiten der ÖBB bisher nicht bestätigt werden (Stand: Feb. 2006).

Die Gerüchteküche gipfelt in einer Graphik, die bereits die „Umfahrung Kritzendorf“ als nordwestliche Verlängerung des geplanten Straßenverlaufs zeigt (PRESSE, 13.1.2006).

Fortsetzung auf Seite 4



Feinstaub: Dicke Luft durch feine Partikel

Alarmierend: Jahresgrenzwert schon jetzt überschritten!! Trotz feuchtkühler Witterung waren bis Stichtag 28. Februar bei der Meßstelle Markgrafengasse 33 Überschreitungen der gesetzlich zulässigen Höchstkonzentration von $50\mu\text{m}^3$ Feinstaub (PM_{10}) zu verzeichnen und beim Oberen Stadtfriedhof (Meßstelle Wisentgasse) immer noch 13 Überschreitungen. Bereits in den ersten 8 Wochen dieses Jahres wurden mehr als die gesetzlich tolerierten 30 Überschreitungen für das ganze Jahr gemessen!

Wir stehen wieder mitten in einer neuen Feinstaub „Hoch“zeit. Durch Streugut und dessen Zermahlung und Wiederaufwirbelung bei unvermindertem Einsatz der Kfz, werden die Wintermonate, vor allem an trockenen und kalten Tagen, wieder zur Belastungsprobe für unsere Gesundheit. Durch die Feinstaubbelastung wird etwa die Lebenserwartung der Menschen in Österreich lt. WHO im Durchschnitt um 9 Monate verringert. Das betrifft besonders Kinder, ältere Menschen, Menschen mit Atemwegserkrankungen und Asthmatiker. Nach Nikotin und Alkohol ist Feinstaub damit die dritthäufigste Todesursache in Österreich und es sterben sieben Mal mehr Menschen durch Feinstaub als im Straßenverkehr (siehe Kasten).

Gesundheitsrisiko erhöht! Keine konkreten Maßnahmen der Gemeinde!

Seit 2 Jahren ist das Gemeindegebiet von Klosterneuburg (mit Ausnahme von Weidlingbach und Maria Gugging) per Verordnung des Umweltministeriums zum Sanierungsgebiet Luft erklärt worden. Das heißt, wir gehören auf Grund der Luftverschmutzung neben dem Unter-Inntal, Graz, Klagenfurt, Wiener Neustadt, St. Pölten und Wien zu den am stärksten belasteten Gebieten in Österreich. Erst 1½ Jahre nachdem die Gemeinde vom Umweltministerium als stark PM_{10} belastetes Gebiet eingestuft wurde, hat Umweltgemeinderat Wimmer (Grüne) im Gemeinderat am 21.10.2005 einen sogenannten Feinstaub - Maßnahmenkatalog für Klosterneuburg vorgelegt. Wie sich ja jetzt deutlich zeigt, eine rein populistische Alibiaktion der Schwarz/Grünen-Allianz. Weder gibt es für diesen Maß-

nahmenkatalog finanzielle Mittel (budgetäre Bedeckung) noch irgendwelche Zeitangaben, wann die Umsetzung vorgesehen ist.

Auch die Rollsplittkehrung trägt zur Feinstaubminderung bei!

Nach wie vor ist kein einziges Fahrzeug des Bauhofes mit einem Partikelfilter ausgestattet (in Schwachat fahren sämtliche Bauhoffahrzeuge mit Erdgas - damit gibt es fast keine Feinstaubemissionen).

Nach wie vor gibt es kein generelles Tempo 30 - Ausnahmen Durchzugstraßen - in Klosterneuburg.

Nach wie vor gibt es keine konkreten Maßnahmen der Gemeinde zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs.

Nach wie vor gibt es keine Mittel zur Verwirklichung und Umsetzung des seit dem Jahre 2001 vorliegenden innerstädtischen Radverkehrskonzeptes.

Nach wie vor gibt es keine Beratung der Haushalte sowie Förderungen zur Verminderung des Feinstaubausstoßes veralteter Heizungsanlagen.

Mehr Feinstaub durch Umfahrung

Statt Baumpflanzungen entlang stark befahrener Straßen (Staubfilter) werden bei der Verwirklichung der sogenannten Entlastungsstraße (Umfahrung B14) im Randbereich der Au 57.000- m^2 Laubwald gerodet. Das sind ca. 3000 Bäume, die unwiederbringlich eliminiert werden. Zum Ausgleich bekommen wir dann 79.000 m^2 auf ewig versiegelte (asphalтиerte) Fläche. Neben der enormen Schadstoff- und Staub-

filterwirkung, die 3000 gesunde und ausgereifte Laubbäume haben, erzeugen diese pro Tag für ca. 9000 Menschen den zum Überleben notwendigen Sauerstoff!!! Für eine vermeintliche Zeitersparnis werden wir den Martinstunnel und die Donaubrücke in Kauf nehmen müssen, denn die hohen Kosten von 1 Milliarde Schilling für den 1. Projektabschnitt (Umfahrung des Stadtplatzes)

Gesundheitsfolgen von Feinstaub in Österreich

- 4 640 vorzeitige Todesfälle pro Jahr
- 9.000 Asthma-Erkrankungen (davon 2.400 bei Kindern)
- 2.350 Fälle von chronischer Bronchitis
- 2.300.000 Krankenstandtage
- 6 - 12 Monate weniger Lebenserwartung

Quelle: WHO Studie

zwingen den Projektbetreiber, das Land NÖ, aus wirtschaftlichen Gründen Teil 2 – den Martinstunnel – und Teil 3 – die Donaubrücke – im Rahmen eines überregionalen NÖ Verkehrskonzeptes zu verwirklichen. Der dadurch bedingte höhere ortsfremde Durchzugsverkehr wird uns nicht nur erhöhte Schad- u. Feinstaubbelastung bringen, sondern in kürzester Zeit Stau auf der „alten“ und der „neuen“ B 14. Davon geht jedenfalls das verkehrstechnische Gutachten der NÖ-Landesregierung aus. Deutliche Rückstauererscheinungen sind demnach in absehbarer Zeit nach Umsetzung des Projektes im Bereich des Weidlinger Kreisverkehrs zu erwarten.

Säumigkeit des Landes ist grob fahrlässig!

Mit zweijähriger Verspätung (!) präsentiert Landesrat Plank am 6.12.2005 das „Feinstaubpaket NÖ - Maßnahmen zur Verringerung der Immissionen des Luftschadstoffes PM_{10} (Feinstaub) für Niederösterreich“, veranlasst durch das Emissionsschutzgesetz Luft. Dieser Maßnahmenkatalog ist jedoch rechtlich nicht verbindlich. Eine entsprechende Verordnung steht weiterhin aus.

Was ist Feinstaub (PM_{10})

PM_{10} sind mikroskopisch kleine Partikel, die kleiner als ein 10-Millionstel Meter sind. Sie dringen daher ungefiltert in die Lunge ein, lagern sich dort ab und können schwerste Erkrankungen auslösen (siehe WHO Studie). Hauptverursacher für PM_{10} sind der Verkehr, der Hausbrand und die Industrie (bes. Bauwirtschaft). Beim Verkehr (+36% seit 1990) stammt der Großteil von Diesel - Kfz und der Aufwirbelung von Straßenstaub.

Grün kaputt in Klosterneuburg

Richtigstellungen zu dem Artikel „PUK, die sich gern mit fremden Federn schmücken“ in der letzten Zeitung der Grünen/BGU Nr. 4/2005, Seite 12.

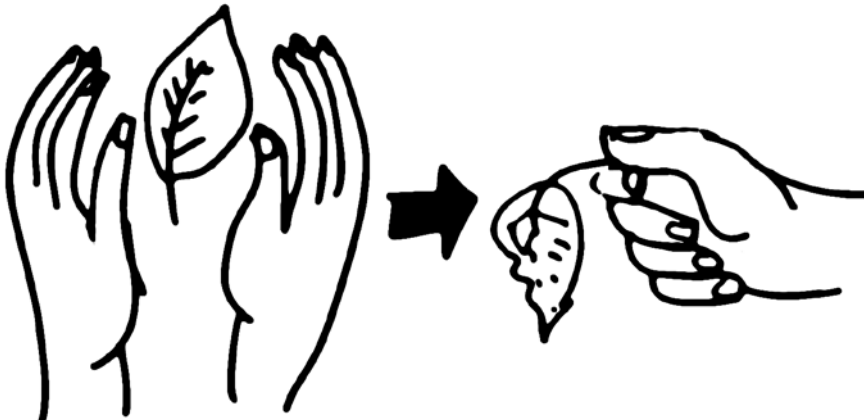
Der Grüne StR. Wimmer schreibt: „Der politische Geltungstrieb eines einzelnen (gemeint ist damit PUK - Sprecher Bernd Schweeger, Anm. d. Red.), machte aus der überparteilichen Bürgerliste der Umfahrungsgegner (PUK) nach der Wahl eine Gemeinderatsfraktion, die eine Politik des FPÖ-Populismus aus Halbwahrheiten und Unwahrheiten macht.“ Diese Darstellung ist falsch und der Versuch einer üblen Verunglimpfung eines politischen Mitbewerbers.

Wahr ist vielmehr: Eine gemeinsame Kandidatur scheiterte am Widerstand Wimmers. Wimmer wusste genau, dass die Umfahrungsgegner und auch ich, der diese Bürgerbewegung initiiert hatte, niemals einer Allianz mit der ÖVP zustimmen würden, mit einer ÖVP, für die die Umfahrung die einzig wahre Verkehrslösung ist. Wir standen daher Wimmers politischen Ambitionen im Wege! Wimmer behauptet, dass die zweite Messstation (Feinstaub) aufgrund einer Grünen Resolution im Gemeinderat aufgestellt wurde. Unwahr sei daher die Jubelmeldung „Forderung der PUK nach zweiter Messstation erfüllt“.

Die PUK hat die Feinstaubproblematik immer wieder massiv in den Medien und bei Bürgerveranstaltungen und bei zahlreichen Kontakten mit dem Umweltbundesamt und dem Land thematisiert. **Auf Initiative der PUK hat GreenPeace ihren mobilen Messwagen beim Weidlinger Bahnhof aufgestellt. Die deutlichen Grenzwertüberschreitungen, die auch großes mediales Echo hervorgerufen haben, dürfte der Grund für die rasche Aufstellung gewesen sein.** Diese PUK - Aktivitäten hat Wimmer glatt vergessen.

Wimmer schreibt: „PUK stimmte im Gemeinderat am 8.4.05 gegen den raschen Ausbau des Radweges beim Happyland“. Dies ist richtig, doch gerade beim Radwegeausbau nehmen die jetzigen Grünen eine skurrile Haltung ein. Der Ausbau des Donauradwegstückes beim Happyland, ohnehin Zone 30,

kaum durch den LKW - Verkehr belastet, verschlang die gesamten Mittel des Radbudgets des Jahres 2005. Auf der von LKW-Verkehr stark frequentierten Donaustraße wurde nicht einmal der vorgesehene Mehrzweckstreifen abmarkiert, geschweige denn wurde eine innerstädtische Radinfrastrukturverbesserung durchgeführt. **Gegen diese offensichtliche Verschleuderung der gesamten Geldmittel für den Radwegeausbau für ein kleines Stückel Donauradweg stimmte die PUK.** Dieses Stückel diente Wimmer ja nur dazu um zu zeigen - seht her die Schwarz/Grüne - Allianz baut sofort einen Radweg. Am Happylandparkplatz hätte es ein abmarkierter Radstreifen auch getan, was wesentlich billiger gekommen wäre. Und für das erste Stück ab Brücke beim Kierlinger Bahn-



hof mussten 18 große Bäume dran glauben. **Dem PUK - Antrag, beschleunigt das schon vorliegende innerstädtische Radverkehrskonzept umzusetzen, wurde von Schwarz/Grün nicht einmal die Dringlichkeit im Gemeinderat zuerkannt.** Im Gegensatz zur letzten Gemeinderatsperiode hat ja nun Schwarz/Grün die Mehrheit. Die längst fälligen innerstädtischen Radverkehrsverbesserungen könnten ja nun zügig umgesetzt werden, Herr Wimmer. Stattdessen wollen die Grünen im Gemeinderat nicht einmal über das von ihnen schon 2001 initiierte und mühsam erkämpfte Radverkehrskonzept reden.

Wimmer kritisiert weiters, dass die PUK einen Antrag im Gemeinderat einbringt und im Ausschuss aber keine PUK - VertreterInnen erscheinen. Da aber Ausschüsse gleichzeitig ta-



gen, können PUK-MandatarInnen nicht gleichzeitig in allen Ausschüssen anwesend sein. Der PUK-Sprecher Bernd Schweeger war genau zu diesem Zeitpunkt in Wimmers Umweltausschuss. Völlig vergessen hat Wimmer, dass er selbst von StR. Hofbauer (SPÖ) kritisiert wurde, dass in der letzten Gemeinderatsperiode der nunmehrige Umweltstadtrat keinen einzigen Umweltausschuss besuchte, obwohl oft Grüne Anträge behandelt wurden. Als üble Anpatzmethode eines politischen Gegners wurde diese Vorgangsweise von Wimmer kommentiert.

Apropos StR. Hofbauer. Wimmer wirft in diesem Artikel PUK-Sprecher Schweeger vor, dass er mit dem Umfahrungsbefürworter StR. Hofbauer, der sogar bei der Anti-Umfahrungsdemo Teilnehmer belästigt hat, gemeinsame Anträge im GR einbringt. Das ist demokratiepolitische Heuchelei pur! Basisdemokratie, Minderheiten und Bürgerinitiativen im Gemeinderat Gehör zu verschaffen war und ist eine zentrale Grüne Forderung (gewesen). Durch die Schwarz/Grüne Mehrheit werden nun Dringlichkeitsanträgen, entgegen der Praxis der letzten Gemeinderatsperioden, zu 90% die Dringlichkeit nicht mehr

zuerkannt, und werden daher im Gemeinderat nicht behandelt. Die einzige Möglichkeit ist nun nach der Gemeindeordnung ein sogenannter Minderheitsantrag - ein Drittel der Gemeinderäte unterschreibt einen Gemeinderatsantrag, dann muss er im Gemeinderat behandelt werden. Eine demokratiepolitische Notgemeinschaft zwischen PUK und SPÖ oder auch FPÖ war die Folge, daher die gemeinsamen SPÖ und PUK - Anträge!

Unverständlich ist diese Wimmersche Wadlbeisserei. War es doch Wimmer selbst, der die PUK ermunterte selbst zu kandidieren, unter dem Motto: Getrennt antreten, gemeinsam schlagen, um, wie er damals sagte, eine Potenzierung der ökologischen Kräfte im Gemeinderat zu erreichen!

Mag. Werner Schmidt

Verkehrstadtrat und Gemeinderat der BGU und Grünen a. D.

Jazz-Session Bitte vormerken

Tag des Baumes 2006. Unser gesetzter Ahorn feiert 1. Geburtstag!

Aus diesem Grund gibt es eine Jazz-Session am Sonntag, den 23. 04.06 ab 17:30 im Keller des Rebassohauses, Wasserzeile 15.

Eintritt frei, Spende für ein Tombola-Los wird erbeten. Jedes Los gewinnt, es gibt tolle Hauptpreise!

Es spielen für uns FRANKIE'S FRIENDS, für Essen und Trinken ist gesorgt.

Bringt Freunde und Familie mit!

Zur Sammlung der blödesten Einzeiler des Jahrhunderts

"The environment has to be balanced against the economy."

"Technology will solve our problems."

Warum? Auflösung in den nächsten PUK-News!

Aus dem Gemeinderat: Einige bemerkenswerte Anträge und Abstimmungen!

Budget 2006: – nur mit den Stimmen der Schwarz/Grünen – Allianz beschlossen.

Von den Grünen kommt keinerlei Kritik, im Gegenteil, Wimmer lobt das Budget sogar, obwohl beträchtliche Mittel für den Bau der Umfahrung (für die sogenannten Nebenflächen, die die Gemeinde zu finanzieren hat) enthalten sind. Ist das die Haltung von angeblichen Umfahrungsgegnern?

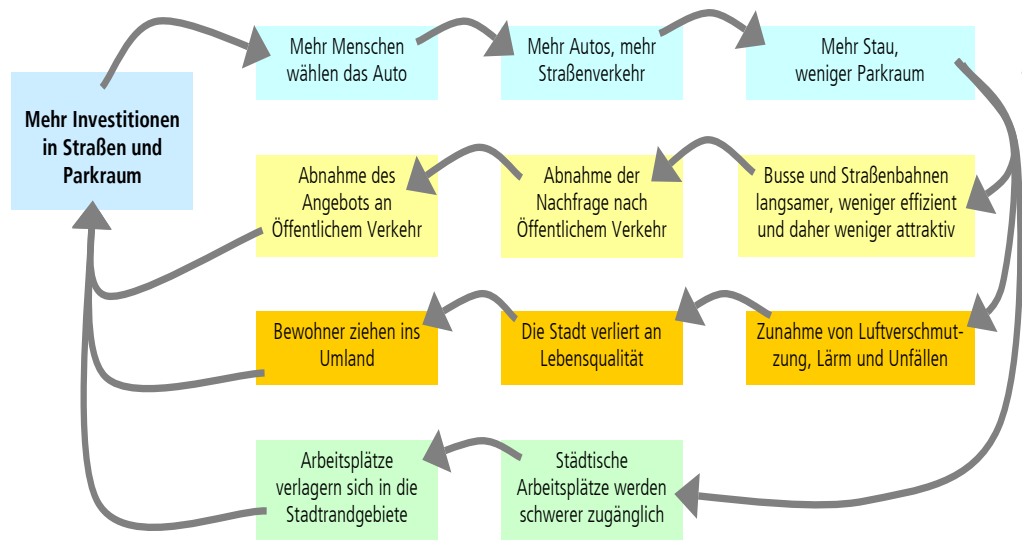
Hilfe

Der Kampf gegen die Umfahrung erfordert erhebliche Ressourcen. Neben der ehrenamtlichen Mitarbeit der PUK-AktivistInnen sind wir auf Spenden angewiesen. Diese werden ausschließlich für die Öffentlichkeitsarbeit (z.B. PUK-News) sowie für juristische Schritte (EU-Beschwerde, Eingaben bei Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof) eingesetzt. Auch Ihre Unterstützung ist wichtig! Spenden Sie bitte auf das Treuhandkonto 6-07.721.657 bei der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien/BLZ: 32000).

Jenseits aller Konfessionen...

„Autofasten“ in der Fastenzeit: Heilsam in Bewegung kommen vom 1. März bis Ostern. Wer sich unter www.autofasten.at anmeldet erhält ein Mitmachheft mit Autofasten-Tipps und kann Preise gewinnen, darunter Zeitkarten für Bus und Bahn.

Was passiert, wenn man dem öffentlichen Verkehr nicht genügend Geld zuführt:



(Adaptiert aus einer Publikation der UITP - Union Internationale des Transports Publics)

Highlights der VerkehrsClub Österreich (VCÖ) Zukunftskonferenz am 20. Januar 2006 – aus Klosterneuburg wieder nur die PUK vertreten

Laut VCÖ bringt der Öffentliche Verkehr in Österreich eine Wertschöpfung von rund 9,5 Milliarden Euro im Jahr. Insgesamt sichert er damit in Österreich 165.000 Arbeitsplätze. Die ständige Verteufelung darf also ruhig zugunsten einer durchaus wirtschaftspolitischen Betrachtungsweise aufgegeben werden. Der Öffentliche Verkehr bringt in Österreich jeden Tag rund 620.000 Menschen zur Arbeit. Es könnten viel mehr sein, wenn die Politik den Öffentlichen Verkehr ernst nimmt, und nicht nur der sehr lautstarken Straßen- und Verkehrslobby zuhört.

Fortsetzung von Seite 1

Ähnlich Widersprüchliches wie zu den Grundablösen ist auch zur Zahlungswilligkeit des Geldgebers zu hören: laut LABg DI Aigner (ÖVP) gab das Land bereits die Gelder zum Bau der Bahnbrücken frei, der Baubeginn verzögere sich jedoch weiterhin (NÖN, 26.1.06). Dies liegt allerdings nicht, wie von DI Salat behauptet (NÖN, 11/2005), an internen Umstrukturierungen der ÖBB, sondern an den Finanzierungsschwierigkeiten des Landes NÖ. Wie die PUK von kompetenter Stelle der ÖBB erfahren konnte, werden die von den ÖBB geleiteten Bauarbeiten erst beginnen, wenn die Finanzierung des zwischen 70-100 Mio Euro teuren Gesamtprojekts durch das Land sichergestellt ist. Allerdings ist die Bonität des Landes laut der internationalen Ratingagentur „Standard & Poor’s“ derzeit bedenklich (Standard, 9.7.2005) und etliche Straßenbauprojekte im Großraum Wien liegen mittlerweile auf Eis (Kurier, Jan. 2006).

Umso unverständlicher, dass die Projektbetreiber uns unisono glauben machen, die Bauarbeiten könnten bereits morgen beginnen. Sollen

durch Fehlinformationen Fakten herbeigeredet und Kritiker entmutigt werden? Nicht bedacht wird offenbar, dass durch diese Informationspolitik die Glaubwürdigkeit der gewählten Instanzen sinkt.

Ein Hoffnungsschimmer für faktendurstige KlosterneuburgerInnen erfüllt sich: das Land ließ der Gemeinde gegen Jahresbeginn eine realistische Visualisierung des Großprojektes „Umfahrung“ zukommen – ein Kurzfilm, der Dimension und Trassenführung erkennbar macht. Nach etlichen erfolglosen Interventionen bei Bürgermeister, Land, Stadtbaudirektion und Verkehrsausschuss stellte die PUK in der Gemeinderats-sitzung vom 3. März 2006 einen Antrag, diese Visualisierung freizugeben. Der Bürgermeister sagte nun endlich zu, die Visualisierung auf der Homepage der Stadtgemeinde Klosterneuburg zugänglich zu machen - eine demokratiepolitische Selbstverständlichkeit!

Wurde hier befürchtet, dass das volle Ausmaß des Projektes offensichtlich wird???